

Antrag

6.3: Frieden ist mehr wert! Frieden und Sicherheit weiterentwickeln – Perspektive für alle jungen Menschen schaffen

Antragsteller*in: BDKJ-Bundesvorstand

Antragstext

1 Die BDKJ-Hauptversammlung möge beschließen:

2 **1. Wir sehen die Welt auf dem Weg zu neuem**
3 **Nationalismus und neuem Wettrüsten**

4 Seit einigen Jahren hat sich die sicherheitspolitische Lage in der Welt und für
5 Europa verschlechtert. Das Handeln von Staaten in internationalen
6 Organisationen, das von respektvollem Miteinander, der Suche nach Konsens und
7 Stabilität geprägt war, verliert an Effektivität. Die Politik der mächtigen
8 Staaten wird zunehmend egozentrischer, nationalistischer und konfrontativer, die
9 Gefahr eines neuen Wettrüstens ist hoch. Der Sicherheitsrat der Vereinten
10 Nationen kann keine Impulse zu Abrüstung und Rüstungskontrolle geben sowie
11 keine einvernehmlichen Entscheidungen zur Legitimierung von Einsätzen zum
12 Schutz vor Menschen vor massiven Verletzungen grundlegender Menschenrechte
13 (responsibility to protect) treffen. Zudem scheint die aktuelle Art
14 internationaler Politik nicht geeignet, um den zahlreichen aktuellen -
15 überstaatlichen - Herausforderungen des Friedens, z.B. Terrorismus,
16 organisierte Kriminalität, Cyberangriffen, zerfallende Staaten, Bürgerkriegen
17 und Fluchtbewegungen zu begegnen.

18 **2. Wir übernehmen Verantwortung für die**
19 **Schaffung und die Gestaltung des Friedens**

20 Solche Rückschritte auf dem Weg zum Frieden sind insbesondere für junge
21 Generationen, die von Gewalt und Unfrieden betroffen sind, nicht hinnehmbar.^[1]
22 Frieden und Sicherheit ermöglichen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen
23 die Entwicklung und Selbstentfaltung, um ihren Platz in der Welt zu finden –
24 weltweit. Wir erheben unsere Stimme,

25 **a) als Christ*innen: in der Verantwortung vor Gott und**
26 **unseren Mitmenschen**

27 Für uns Christ*innen ist der Auftrag, Frieden zu stiften und zu erhalten,
28 grundgelegt im Lebensbeispiel Jesu und in der Zusage des eschatologischen^[2]
29 Friedens. Auf unsere Erde ist Frieden jedoch nie vollkommen erreichbar, sondern
30 eine Aufgabe, um die dauerhaft gerungen werden muss. Maßstab und Ziel ist dabei
31 die Garantie der Würde eines jeden einzelnen Menschen. Daraus leiten wir ein
32 umfassendes Verständnis von Gerechtigkeit ab, deren Kern die Garantie der

33 universell gültigen Menschenrechte ist. Daraus werden Prinzipien für die
34 legitime politischen Verfasstheit der Staaten und der internationalen
35 Institutionen sowie aller daraus resultierenden Organe und Initiativen zur
36 Förderung des Friedens abgeleitet.^[3]

37 Demnach ist Frieden, wie Menschen ihn politisch gewährleisten können, weit
38 mehr als die Sicherheit, die durch Stärke und Gewalt geschaffen werden kann. Er
39 impliziert eine Ordnung in einem Gebiet, die von den Menschen, die darin leben,
40 als gerecht akzeptiert und von den anderen Staaten respektiert wird. Auf der
41 überstaatlichen Ebene wurden seit der Gründung der Vereinten Nationen
42 vielfältige Organisationen zum Schutz des Friedens und der Menschen weltweit
43 etabliert. Die Bandbreite reicht von internationalen Gerichtshöfen über
44 politische Gremien bis hin zu Hilfsorganisationen. Inner- und zwischenstaatliche
45 Konflikte sind politisch in den dazu geschaffenen nationalen und supranationalen
46 Institutionen sowie durch neutrale, verbindliche Rechtsprechung beizulegen. Das
47 Gewaltmonopol in zwischenstaatlichen Konflikten ist an die Vereinten Nationen
48 delegiert.^[4]

49 **b) als überzeugte Europäer*innen: wir kennen bessere Wege**

50 Wir Europäer*innen haben in den letzten Jahrzehnten gelernt und erlebt, dass
51 Frieden wertvoller und auch effektiver ist als nationales Sicherheitsdenken.
52 Daher muss das genuine Interesse der Staaten Europas und ihrer Gesellschaften
53 sein, Friedensprozesse in und außerhalb Europas voranzutreiben. Nicht nur, weil
54 wir unmittelbar von den Krisen und Konflikten betroffen sind. Sondern vielmehr
55 deshalb, weil uns bewusst ist, dass wir in den Genuss einer solchen effektiven
56 Entwicklung zu Frieden kommen. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges brauchte es
57 die Erfahrungen des Zusammenwirkens der Gesellschaften: In der Wirtschaft und
58 Politik, im Jugendaustausch, in der Bekämpfung der Kriminalität und der
59 Verteidigung. Es brauchte anfangs sicherlich viel Mut, sich darauf einzulassen.
60 Aber es war und ist eine Entwicklung, von der alle betroffenen Menschen seitdem
61 in allen Belangen unglaublich profitieren durften. Als Friedensnobelpreisträger
62 tragen die Europäische Union und alle ihre Staaten die Verantwortung dafür,
63 dieses Verständnis von der Entwicklung und Etablierung von Frieden in der
64 internationalen Politik vorzuleben und durchzusetzen.

65 Deshalb muss sich die Europäische Union als Friedensakteur auf globaler Ebene
66 definieren und aktiv einbringen. Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte hat
67 gezeigt, dass friedensschaffende Einsätze meist verspätet und überhastet mit
68 militärischen Mitteln begonnen wurden. Leider waren diese oftmals nur die
69 traurige Konsequenz, weil die Staaten viel zu lange wegsahen. Nur selten und
70 ausschließlich in Verbindung mit vielfältigen anderen
71 Unterstützungsmaßnahmen konnten diese überhaupt zu nachhaltiger
72 Friedenskonsolidierung beitragen. Im Falle akuter, gravierender Bedrohungen
73 grundlegender Menschenrechte ist es ohne Frage legitim, diese im äußersten
74 Fall auch mit militärischen Mitteln zu schützen. Im Krisenfall braucht es vor
75 allem eine frühzeitige, nachhaltige, erfolgsversprechende ethisch vertretbare
76 Friedensstrategie. Diese beinhaltet in einem vernetzten Ansatz vorrangig
77 Maßnahmen zum wirtschaftlichem Aufschwung, Bildungsarbeit, dem Aufbau einer
78 besseren Verwaltung, Polizei und Justiz, der zunehmenden Etablierung der
79 grundlegenden Menschenrechte und der politischen und wirtschaftlichen

80 Partizipation aller Menschen, dem Kampf gegen Armut und Klimawandel, sowie
81 Versöhnungsarbeit. Der Weg zum Frieden ist immer ein Weg der
82 Entwicklungszusammenarbeit, der Gerechtigkeit und der Versöhnung!

83 **3. Wir fordern konkrete Schritte für eine** 84 **nachhaltige Friedenspolitik und mehr Sicherheit**

85 Der BDKJ fordert eine aktive Friedenspolitik, die über die Krisen- und
86 Konfliktbewältigung bis hin zur Friedenskonsolidierung und Nachsorge reicht und
87 die verschiedensten staatlichen und nichtstaatlichen Akteure mit ihren je
88 eigenen Kompetenzen einbindet sowie eine effektive Koordinierung dieser Akteure
89 übernimmt.

90 **Frieden ist mehr wert!**

91 Die Bundesregierung muss endlich das Versprechen des Koalitionsvertrags
92 einlösen, „zusätzlich entstehende Haushaltsspielräume prioritär dazu
93 nutzen, neben den Verteidigungsausgaben zugleich die Mittel für
94 Krisenprävention, humanitäre Hilfe, auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
95 und Entwicklungszusammenarbeit ausgehend von der Grundlage des 51. Finanzplans
96 angemessen zu erhöhen im Verhältnis von eins zu eins beim
97 Verteidigungshaushalt zu Ausgaben im Rahmen der ODA-Quote (Krisenprävention,
98 humanitäre Hilfe, Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und
99 Entwicklungszusammenarbeit).“^[6] In den zukünftigen Haushaltsplanungen
100 fordern wir darüber hinaus die Ausgaben für die nicht militärischen Bereiche
101 zur Friedensförderung stets höher veranschlagt werden als der
102 Verteidigungsetat – unabhängig von der Höhe dieses Etats. Insbesondere muss
103 die Bundesregierung den zugesagten Verpflichtungen zur Unterstützung der
104 Vereinten Nationen und ihrer Hilfsorganisationen wie der UNHCR nachkommen und so
105 vor allem jungen Generationen in Krisenregionen ein menschenwürdiges Leben,
106 Teilhabe und Entwicklung ermöglichen.

107 **Militärische Einsätze dürfen nur äußerstes Mittel sein!**

108 Zur Mandatierung militärischer Einsätze deutscher Streitkräfte außerhalb der
109 Bündnisgebiete sowie deren Verlängerung soll zukünftig die Zwei-Drittel-
110 Mehrheit des Parlaments notwendig sein. Ziel ist, intensivere Debatten über die
111 jeweiligen Ziele, Ausgestaltungen und Evaluationen dieser Einsätze zu
112 erreichen, um wirklich sicher gehen zu können, dass eine umfassende
113 friedensschaffende Perspektive im Rahmen des vernetzten Einsatzes
114 unterschiedlicher Maßnahmen stärker berücksichtigt und der zur nötige
115 politischen Wille und lange Atem in Regierung und Bevölkerung garantiert ist,
116 diese umzusetzen.

117 **Waffenexporte aus der EU an Drittstaaten verbieten!**

118 Wir verschärfen unsere Forderung, dass Exporte von Kriegswaffen und Munition in
119 sog. Drittstaaten nicht mehr genehmigt werden. Dies ist analog auch für die

120 Produktionen in Auslandsstandorte deutscher Waffenfirmen umzusetzen. Die
121 Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass solche Restriktionen auch in
122 den anderen Staaten der Europäischen Union debattiert und umgesetzt werden.
123 Dies fordern wir, weil wir nicht aus diesem Grund weitere Schuld an der
124 Verschärfung von Konflikten, gravierenden Menschenrechtsverletzungen in anderen
125 Staaten, organisierter Kriminalität und Kriegen auf uns laden wollen.

126 **Europäischer Sitz im Sicherheitsrat bewirken!**

127 Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass sich die Europäische Union
128 als eine neue Macht für nachhaltige Friedenspolitik begreift und dies in noch
129 größerer Geschlossenheit stärker außen- friedens- und sicherheitspolitisch
130 umsetzt. Dazu muss ein Sitz der Europäischen Union im UN-Sicherheitsrat
131 angestrebt werden. Die Vereinten Nationen müssen neue Wege finden, um
132 Konflikten auch in Fällen von Uneinigkeit im UN-Sicherheitsrat auf legitime
133 Weise begegnen zu können.

134 **Abrüstung weltweit voranbringen!**

135 Deutschland muss sich auf internationaler Ebene, insbesondere auch durch unser
136 Engagement in den Vereinten Nationen, stärker für Abrüstung einsetzen. Wir
137 fordern die Entwicklung neuer Rüstungskontrollverträge, die neben der
138 Abschaffung von Atomwaffen insbesondere angesichts der neuen Waffensysteme, den
139 neu neuentwickelten Formen der Kriegsführung und den Möglichkeiten von
140 Kommunikation und Kontrolle gerecht werden. Wir wünschen uns Impulse zur
141 Schaffung neuer politische Möglichkeiten zur Legitimierung von Entscheidungen
142 zur Beilegung von Konflikten und Entscheidungen zum Schutz von Menschen vor
143 Gewalt, zur Konfliktprävention und -nachsorge sowie der Bekämpfung von
144 organisierter Kriminalität insbesondere in einem vernetzten Ansatz mit
145 vorrangig nichtmilitärischen Mitteln.

146 **Begegnung für Frieden und Aussöhnung fördern, Jugend und Frauen stärker 147 beteiligen!**

148 Wir fordern die Koordination von Programmen zu einer nachhaltigen Friedens- und
149 Versöhnungsarbeit in Postkonfliktzenarien, über Fragen der politischen und
150 wirtschaftlichen Zusammenarbeit hinaus mit Blick für Gerechtigkeits- und
151 Versöhnungsarbeit. Frauen sind bewusst und aktiv in den Friedensprozessen zu
152 beteiligen; dies ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der
153 Stabilität bei Friedensprozessen. ^[6] Austauschprogramme für Jugendliche und
154 junge Erwachsene sind finanziell stärker zu fördern, da sie sich als starke
155 Wurzel des Friedens erwiesen haben.

156 **4. Wir übernehmen Verantwortung für den Frieden in den Verbänden!**

157 Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, führen der BDKJ und seine
158 Jugendverbände Gespräche und öffentliche Diskussionen mit den Politiker*innen
159 zu den genannten Forderungen durch. Darüber hinaus übernehmen die Verbände
160 des BDKJ Verantwortung dafür, Ihre Gliederungen für die friedensethischen

161 Herausforderungen zu sensibilisieren. Insbesondere führen der BDKJ, seine
162 Gliederungen und seine Jugendverbände jedes Jahr ein öffentliches
163 Friedensgebet durch. Der BDKJ und seine Jugendverbände verpflichten sich, sich
164 an der Ausgestaltung von Jugendbegegnungen und entsprechenden Programmen
165 stärker zu beteiligen.

Begründung

Der BDKJ setzt sich seit seiner Gründung im Interesse der jungen Menschen für Frieden und Freiheit als wesentliche Bedingungen für ein gelingendes Leben ein. Dazu zählen neben vielen Entscheidungen zu Gerechtigkeitsfragen, Entwicklungszusammenarbeit und internationaler Arbeit die Befassung mit Sicherheitspolitik und Bundeswehr aus einer friedensethischen Perspektive.

Zurzeit verändert sich die sicherheitspolitische Lage in der Welt und in Europa dramatisch. Daher möchte der BDKJ jetzt Impulse für eine Politik setzen, die Wege zum Frieden wieder stärker in den Fokus nimmt. Dazu werden konkrete Forderungen an die Politik und Möglichkeiten zu einem stärkeren gesellschaftlichen Engagement in unserem Umfeld formuliert.

[1] Kinder und Jugendliche wollen Frieden, keine Waffen! Beschluss der BDKJ- Hauptversammlung 2016.

[2] Endzeitlicher, von Gott versprochener Friede

[3] Dienste für den Frieden – Beschluss der BDKJ- Hauptversammlung 1969.

[4] Frieden fördern und Gestalten. Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2002.

[5] Koalitionsvertrag, Kapitel 12, S. 147

[6] Frieden braucht Frauen! Beschluss der Bundesfrauenkonferenz 2013.